

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 7

Artikel: Die Spannungen zwischen Washington und Teheran : eine Kriegsgefahr?

Autor: Hübschen, Jürgen

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-862685>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Spannungen zwischen Washington und Teheran – eine Kriegsgefahr?

Am 4. Mai 2018 erklärte der US Präsident Donald Trump in einer Fernsehansprache an das amerikanische Volk, dass die USA das Atomabkommen mit dem Iran kündigen und Sanktionen gegen Teheran verhängen werden. Trump wörtlich: «I am announcing today that the United States will withdraw from the Iran nuclear deal. In a few moments, I will sign a presidential memorandum to begin reinstating U.S. nuclear sanctions on the Iranian regime. We will be instituting the highest level of economic sanction.»

Jürgen Hübschen

Der US-Präsident begründete seine Entscheidung damit, dass der Iran nach Atomwaffen strebe, den internationalen Terrorismus unterstütze, Raketen exportiere und dadurch den Mittleren Osten destabilisiere.

Beweise für diese Behauptungen ist der Präsident bislang schuldig geblieben, während die Internationale Atomenergiekommission immer wieder bestätigt, dass Teheran sich an das Atomabkommen halte.

Dieser Beitrag beschäftigt sich – ziemlich genau ein Jahr später – mit der aktuellen Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und dem Iran und versucht eine Antwort auf die Frage zu geben, ob die Politik der US-Regierung zu einer echten Kriegsgefahr für die Nahmittelost-Region geworden ist.

Aktuelle Entwicklungen der Beziehungen zwischen Washington und Teheran

Unmittelbar nach der Aufkündigung des Atomabkommens hatte Präsident Trump bereits allen Staaten mit Sanktionen gedroht, falls sie ihre Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran nicht beenden würden. Auch sämtliche finanziellen Transaktionen mit Teheran wurden untersagt.

Im Februar 2019 hatte Washington den Irak aufgefordert, seine Energieversorgung durch den Iran zu beenden, obwohl Bagdad auf die iranische Unterstützung im Energiesektor zwingend angewiesen ist, weil die irakische Energieversorgung im Rahmen der amerikanischen Invasion 2003 weitgehend zerstört worden war.

Nach dem Willen Trumps solle die irakische Regierung stattdessen entsprechende Verträge mit Saudi-Arabien abschließen. Irak wies diese Forderung zurück. Der irakische Premierminister Abdul Mahdi wörtlich: «*Iraq will not be part of the sanctions regime against Iran and any other people.*»

«**Iraq will not be part of the sanctions regime against Iran and any other people.»**

Abdul Mahdi, Premierminister Irak

Am 8. April hatte Präsident Trump – massgeblich auf Drängen seines Nationalen Sicherheitsberaters John Bolton, Verteidigungsministers Mike Pompeo und des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu – die iranischen Revolutionsgarden auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt. Die Spitzen des Pentagon und der CIA hatten sich gegen diese Massnahme ausgesprochen und vermutlich in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die Taliban bislang offiziell (noch) nicht als Terror-Organisation eingestuft sind. Außerdem hatten die iranischen Revolutionsgarden an der Seite der irakischen Armee gegen den IS im Irak gekämpft und waren dabei von der US-Luftwaffe unterstützt worden. Als Reaktion auf die Entscheidung des US-Präsidenten hatte Teheran das United States Central Command als Terror-Organisation eingestuft.

Israels Regierungschef kommentierte Trumps Ankündigung mit den Worten: «*Once again you are keeping the world safe from Iran aggression and terrorism.*»

Ende April 2019, damit ziemlich genau ein Jahr nach seiner Ansprache an die Nation, hat Trump die Sanktionen gegen den Iran weiter verschärft, indem er nunmehr der gesamten Staatenwelt unter Androhung von US-Strafen untersagt, iranisches Öl zu importieren. Bislang geltende Ausnahmeregelungen für China, Griechenland, Indien, Italien, Japan, Südkorea, Taiwan und die Türkei wurden nicht verlängert und laufen somit zum 1. Mai 2019 aus. Irans geistliches Oberhaupt, Ayatollah Al-Chamenei, kommentierte die Massnahme mit den Worten: «*U.S.'s efforts to boycott the sale of Iran's oil won't get them anywhere. We will export our oil as much as we need and we intend.*»

Das russische Außenministerium bezeichnete die verschärften Ölsanktionen gegen Iran als «*arrogante amerikanische Provokationen*». Washington verberge nicht einmal «*den Wunsch, die Welt seinem Willen zu unterwerfen*».

Eine klare Position der EU zu den erneuten Sanktionen war bislang nicht erkennbar.

Bewertung und mögliche Folgen der amerikanischen Iran-Politik

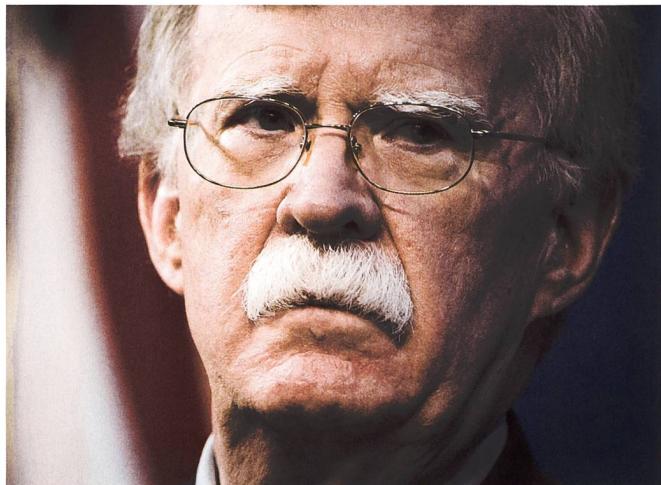
Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die USA mit ihrer Politik, den Iran zu isolieren und wirtschaftlich zu ruinieren, letztlich einen Regimewechsel im Iran herbeiführen wollen. Dabei scheint man sich nicht darüber im Klaren zu sein oder aber zu ignorieren, dass Präsident Trump mit seinen Entscheidungen den Iran zwar

wirtschaftlich schwächt, aber gleichzeitig die Hardliner in Teheran stärkt. Noch will der iranische Präsident Rohani am Atomabkommen festhalten, erklärte aber aktuell gegenüber den fünf anderen Unterzeichner-Staaten, China, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Russland, die ebenfalls weiterhin zum Abkommen stehen, dass die zurückhaltende Reaktion Irans auf die verschärften Sanktionen seitens der USA nicht als ein Zeichen der Schwäche missverstanden werden sollte. Rohani wörtlich: «*I tell the group of five that we are patient but our patience has an end and its possible that in this patience, Iran takes a different step. If we are patient, it's not because we are scared. It's because we are prudent.*»

Die iranischen Revolutionsgarden hatten dagegen damit gedroht, die Strasse von Hormuz im Persisch-Arabischen Golf zu blockieren. Sie gilt als die wichtigste Öl-Handelsroute, durch die fast ein Drittel aller Öl-Exporte verschifft wird. Vor dem Hintergrund dieser Drohung ergänzte Präsident Rohani seine bisherige gemässigte Stellungnahme mit den Worten: «*Wir können beides: Diplomatie und Krieg.*»

Als Auslöser für einen solchen Krieg sind grundsätzlich zwei Szenarien denkbar. Möglichkeit 1 wäre eine direkte militärische Reaktion der iranischen Hardliner auf die fortwährenden amerikanischen Provokatio-

nen. Denkbar wären direkte Angriffe der iranischen Revolutionsgarden gegen die 5000 im Irak stationierten US-Soldaten



John Bolton, Nationaler Sicherheitsberater für Präsident Trump und Kriegstreiber im Irak.

Bild: Politico

oder auch auf amerikanische Streitkräfte in Afghanistan, die teilweise in der Reichweite der iranischen Artillerie operieren. Auch die angedrohte Sperre der Strasse

von Hormuz oder eine Behinderung des internationalen Schiffsverkehrs wären eine Option. Die militärische Reaktion der iranischen Hardliner könnte aber auch auf indirektem Wege erfolgen, nämlich durch die verbündeten Kräfte der Hisbollah gegen US-Soldaten in Syrien oder aus dem Süd-Libanon heraus gegen Israel.

Die zweite Möglichkeit, die einen militärischen Schlagabtausch zur Folge haben könnte, wären weitere Sanktionen/Provokationen oder eine unwahre Behauptung der USA über einen Anschlag des Irans, der gar nicht stattgefunden hat. Bereits im September 2018 wollte John Bolton, der Nationale Sicherheitsberater der USA, dem Iran einen Mörserangriff auf ein unbebautes Grundstück der amerikanischen Botschaft in Bagdad in die Schuhe schieben, um damit einen Militärschlag gegen den Iran zu begründen. Bolton scheiterte mit seinem Plan am massiven Widerspruch des damaligen US-Verteidigungsministers James Mattis, der für Boltons Behauptung keinerlei Beweise sah. Im Zusammenhang mit der Strasse von Hormuz hatten die USA vor zehn Jahren versucht, der Weltöffentlichkeit zu sug-

Strasse von Hormus.

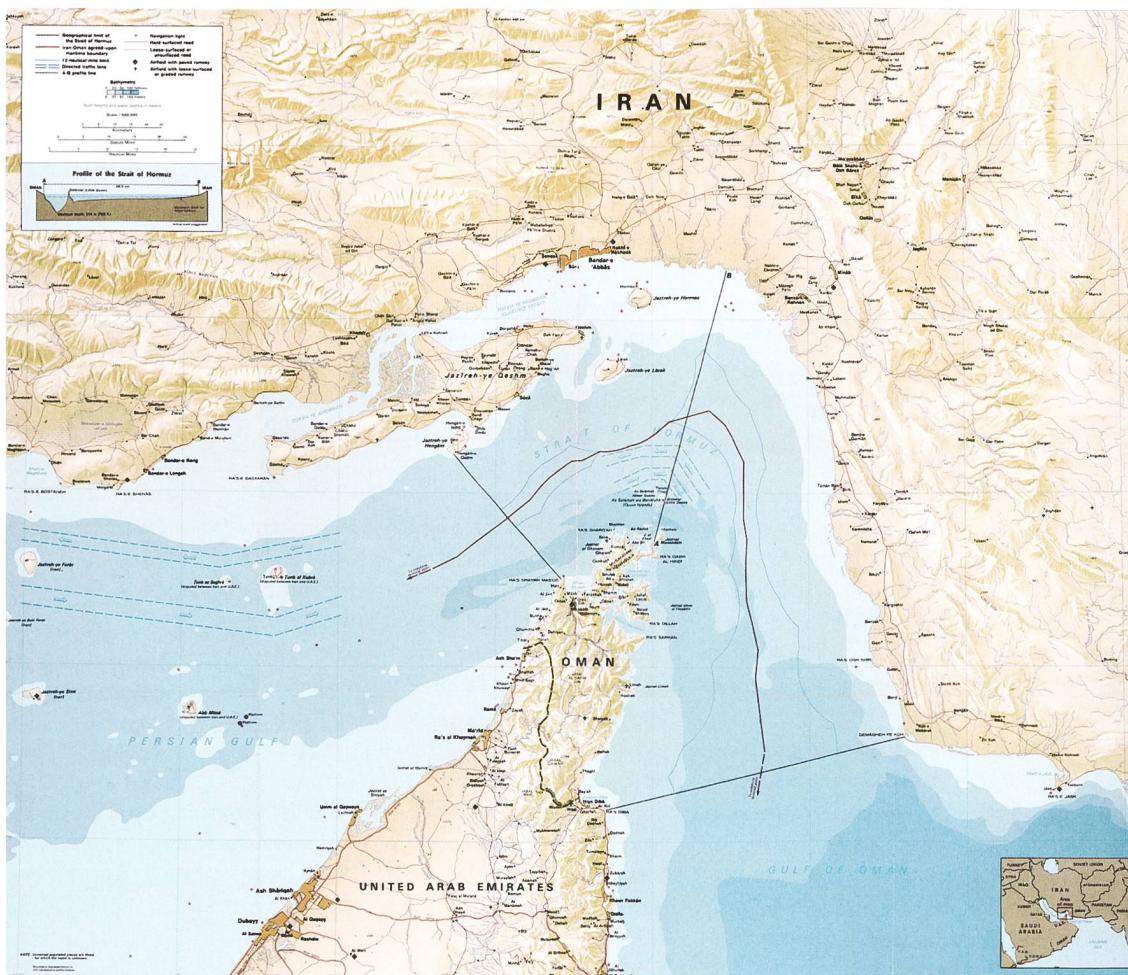


Bild: Viktoria Kunst, CIA



Hassan Rohani, Präsident der islamischen Republik Iran.

Bild: Wikipedia

gerieren, dass Teheran den internationalen Schiffsverkehr blockieren wolle. Damals hatten die USA gemeldet, dass Schnellboote der Revolutionsgarden Scheinangriffe gegen amerikanische Kriegsschiffe gefahren hätten. Dabei wäre ein iranischer Funkspruch abgefangen worden, in dem es hieß: «*I'm coming to you. You will explode in a few minutes.*» Später mussten die USA zugeben, dass der Spruch auch von einem Amateurfunker habe stammen können, der Seeleute seit langem unter dem Namen «Fili-pino Monkey» bekannt war.

Solche Behauptungen, mit denen Washington den Beginn von Kriegen begründet hat, sind in der jüngsten amerikanischen Geschichte gängige Praxis. Der Vietnam-Krieg wurde begonnen mit der unwahren Behauptung, es habe einen Anschlag auf ein amerikanisches Kriegsschiff im Golf von Tonking gegeben.

Auch die «Operation Desert Storm» 1991 zur Befreiung des vom Irak besetzten Emirats Kuwait wurde letztlich vom Weltsicherheitsrat ermöglicht, weil die USA dort gefälschte Videos gezeigt hatten. Auf einem wurden angebliche irakische Soldaten gezeigt, die in Kuwait Babies aus Brutkästen nahmen und auf den Boden warfen. Auf dem anderen Video berichtete eine junge Frau von einer besonders brutalen Vergewaltigung durch ira-

kische Soldaten. Beide Videos waren von der amerikanischen PR-Agentur Hill&Knowlton hergestellt worden. Bei der jungen Frau handelte es sich um die Tochter des saudischen Botschafters in Washington.

Nach jahrelangen erfolglosen Sanktionen wurde der Einmarsch der US-Truppen in den Irak im Jahr 2003 mit angeblichen Massenvernichtungswaffen des Irak, fahrbaren Laboren für die Herstellung biologischer Kampfmittel und der Unterstützung des internationalen Terrorismus durch Saddam Hussein begründet. Alle Behauptungen entsprachen nicht der Wahrheit. Lanciert hatte diese Behauptungen der damalige UN-Botschafter der USA und heutige Nationale Sicherheitsberater von Präsident Trump, John Bolton, mit Hilfe des Irakers Ahmed Chalabi, den Washington als möglichen Nachfolger Saddam Husseins vorgesehen hatte.

Die Vorgehensweise Washingtons gegen den Iran erinnert in fataler Weise an die Vorgeschichte des Irak-Krieges 2003, und massgeblicher Hauptakteur im Hintergrund ist wie vor nunmehr 16 Jahren John Bolton, einflussreichster Vertreter der so genannten «Neocons» in der US-Administration.

Der grosse Unterschied zur Situation in 2003 ist allerdings der, dass Iran kein Arabisches Land ist. Teheran wird sich dem Druck der USA nicht beugen. Trumps Iran-

Politik stärkt die radikalen Kräfte im Iran immer mehr, und im Fall des Falles würden die Hardliner auch vor einer militärischen Auseinandersetzung nicht zürkschrecken. Der Sieger in einem solchen Krieg stände weiss Gott nicht fest.

In der aktuellen Situation scheint mittlerweile ein Funke zu genügen, um in der Region einen Flächenbrand zu verursachen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, warum sich die EU nicht offensiver als Vermittler einschaltet. ■



Oberst i Gst aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven

Aus dem Bundeshaus

An ihrer Extrasitzung vom 15. Mai beantragte die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-NR) einstimmig die Annahme der Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (18.085). Aus den Anträgen der Kantone in der Detailberatung leitete die SiK-NR mehrere Änderungsanträge am Entwurf des Bundesrates (BR) ab. Beispielsweise lehnte die Kommissionsmehrheit das vorgeschlagene Zivilschutz-Durchdienermodell ab.



Der BR fällte gleichentags Richtungsscheide zur Erneuerung sowohl der Luftverteidigung wie auch der Bodentruppen. Bis September wird das VBS dem BR einen Planungsbeschluss unterbreiten, der nur noch die Kampfflugzeugbeschaffung umfasst. Das bodengestützte Luftverteidigungssystem soll hingegen gemäss dem üblichen Verfahren beschafft werden. Beim VBS-Grundlagenbericht zur Weiterentwicklung der Bodentruppen favorisiert der BR von den drei unterbreiteten Optionen die kostengünstigste. Durch Investitionen von bis zu sechs Milliarden CHF soll das Heer auf ein hybrides Konfliktumfeld ausgerichtet werden. Eine Variante dieser Option, die eine Sollbestanderhöhung um 20 000 AdA vorsah, sowie eine Option, die das auf den bisherigen mechanisierten Waffensystemen basierende Fähigkeitsprofil beibehalten hätte, lehnte der BR primär wegen der Mehrkosten ab.

Die SiK-SR beschloss am 23. Mai mit neun zu zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen, ihrem Rat in der Sommersession die Sitzierung der Revision des Zivildienstgesetzes (19.020) zu beantragen. Die SiK-SR reagierte damit auf den Vorschlag der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr, vor der Revision eine Zusammenführung des Zivilschutzes und Zivildienstes zu prüfen. An dieser Sitzung wurde die SiK-SR als Erstkommission über den Grundlagenbericht zu den Bodentruppen informiert.

Dr. phil. Fritz Kälin,
Nof (Miliz) Stab MND, 8840 Einsiedeln